

Ich möchte als letztes noch sagen: Es gab in den Gruppen mehr politische und Systemanalyse als in den Kirchenleitungen. Ein Defizit der Kirchenleitungen nicht nur in der DDR, sondern überhaupt, ist, daß die politische Situation als solche nicht eigens thematisiert wird, sondern eigentlich jeder der kirchenleitenden Damen und Herren im Hinterkopf irgendeine Meinung von der politischen Lage hat, die nicht richtig deutlich wird. An dieser Stelle habe ich jedenfalls nur erlebt, daß man gegenseitig Vermutungen hatte, der denkt wohl so und jener denkt wohl mehr so, aber eine politische Analyse als solche habe ich in den Kirchenleitungen nicht erlebt. An der Stelle war die Situation so, daß das stärker in den Gruppen betrieben wurde, freilich stärker als Systemanalyse, als die Analyse der konkreten politischen Konstellation, und von da aus haben die Gruppen wahrscheinlich von vornherein die kritische Frage gehabt, ob die Kirchenleitungen mit ihrer Art des Verhaltens in diesem Staat nicht einer falschen, träumerischen politischen Einschätzung auf Veränderbarkeit nachlaufen. Über diese Frage ist es nur am Rande, nach meiner Kenntnis, wirklich zu Gesprächen gekommen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Jetzt gibt es eine Rückfrage von Angelika Schön.

Angelika Schön: Noch einmal zur Verdeutlichung und dann zwei Rückfragen. Herr Demke, Sie haben gesagt, daß die Kirchenleitungen dem Staat gegenüber immer nur Probleme vertreten wollten, wenn sie auch an der Gemeindebasis aufgeworfen worden waren. Ich kann mich erinnern, daß an so einer Stelle dann einmal ein ganz anderes Problem auftauchte, nämlich 1986 bei „Frieden konkret“ in Stendal. Da haben wir das erste Mal gesagt: Nein, wir benutzen die Kirchenleitungen nicht mehr als Briefträger für unsere Eingaben. Wir können die Eingaben auch selber schicken. Die Adressen dafür bekommen wir auch selber heraus. Darüber waren die Kirchenleitungen überhaupt nicht begeistert. Es ging hauptsächlich darum, daß sie gesagt haben: Ihr begebt euch da auf Glatteis, das ist gefährlich. An einer anderen Stelle waren sie auch noch getroffen, weil wir gesagt haben: Euren Einsatz dafür möchten wir natürlich nicht missen, ihr sollt das dort vorbringen, wo ihr könnt, aber wir können das außerdem auch allein. Das war das eigentliche Problem – ein Jahr später in Leipzig 1987 war das gar kein Problem mehr, da haben wir alles selber gemacht.

Sie haben gesagt, Herr Demke, die Kirche hätte dieselben Probleme mit spontaner Basis zur demokratischen Bewegung wie andere Institutionen oder Großinstitutionen auch. Ich finde, sie dürfte eigentlich nicht die gleichen Probleme damit haben, denn kreatives Infragestellen und Unordnung kommt, zumindestens nach meiner bisherigen Bibelkunde, reihenweise in der Bibel vor. Jesus ist nicht nach Jerusalem gegangen und ist entweder König oder Bettler geworden, sondern er ist in den Tempel gegangen und hat die

Tische dort umgeschmissen. Das war auch ziemlich unordentlich. Dahinter steckt ein Selbstverständnis von Gruppen, mit der Hoffnung an die Kirche heranzugehen oder überhaupt in der Kirche oder selbst Kirche zu sein, daß diese Institution gleichzeitig auch ihr eigener Widerspruch ist, weil sie nämlich gar keine Institution sein dürfte. Daß alle Formen, die unter Menschen lange Zeit lebendig bleiben möchten, auch institutionellen Rahmen annehmen, wissen wir, aber das ist immer derselbe Widerspruch. Gruppen haben Kirche immer da ernst genommen, wo sie ihre eigene Veränderbarkeit deutlich gemacht hat. Wir sind davon ausgegangen oder haben die Hoffnung gehabt, daß gerade protestantische Kirche ihre eigene Infragestellung immer wieder vom Evangelium her vollzieht. Wo das nicht passiert ist, haben wir die Kirche überhaupt nicht mehr verstanden.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Weißhuhn bitte.

Reinhard Weißhuhn: Ich wollte noch eine Bemerkung anhängen. Mir ist aufgefallen, daß die Kirche unter dem Stichwort „politische Diakonie“ eine Vorstellung entwickelt zu haben scheint, die eigentlich sie als den Akteur darstellt und die Gruppen nur als eine Art Vorverstärker, allenfalls Rohformulierer. Die Kirche als Institution hat immer versucht, das entweder zu vereinnahmen und dann schön in Watte verpackt zu transportieren und diesen Anspruch auch erhoben, oder aber sie konnte sich damit nicht anfreunden und hat das abzustoßen versucht. Bei der Gruppe, in der ich war, war das relativ einfach, weil dieser Zusammenhang gar nicht beansprucht wurde und damit eine gewisse Vorabentlastung eingetreten ist. Das ist auch ganz hilfreich gewesen, hat aber letzten Endes in der Praxis auch nicht allzuviel genutzt. Diese Vereinnahmungsversuche von etwas, was sie gar nicht verstand, wie ich behauptete, konnten nicht gutgehen und mußten immer wieder in Konfrontationen münden. Ich will nur auf das verweisen, was ich eingangs auch schon thematisiert hatte.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir kommen zur Fragerunde. Der erste, der sich gemeldet hat, ist Gert Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich möchte gern noch einmal einen Gedanken aufnehmen und an die Podiumsrunde weitergeben, den Ehrhart Neubert gestern genannt hat. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, dann ging es ihm auch darum, nicht nur bei der Institution Kirche, sondern auch im sinnhaften Zentrum ihres Wirkens zu erkennen, daß es dort im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre auch eine Destruktion der Sinnzusammenhänge gegeben haben könnte. Ich möchte rückfragen, ob nicht gerade die Gruppen, die von innen, unten und auch von außen gerade diese sinnhaften Fragen gestellt haben, nicht eher zur Lebendigkeit der Kirche sehr viel mehr beigetragen haben als die Form der Kirche und die Institution selbst. Ich frage das deswegen, weil zumindest im ökumenischen Dialog, beim konziliaren Prozeß die Fragestellungen aufgegriffen worden sind – zunächst sei einmal

Vancouver 1978 als Stichwort genannt –, schließlich aber dann doch über den Umweg durch die kritischen Gruppen selbst wieder in die Kirche zurückgeflossen sind, und dann die Kirche versucht hat, katalysatorisch zu wirken und einen Selbstverstärkungsprozeß in Gang zu setzen. Ich frage mich: Ist das ein bewußter Prozeß gewesen, wußte man, daß es ein Doppelspiel gibt zwischen Katalysator und zugleich auch Verstärkung? Wenn das aber ein bewußter Prozeß gewesen wäre und nicht der Versuch abzuschotten, abzubremsten oder, wie Herr Weißhuhn eben gesagt hat, in Watte zu packen, wäre es dann nicht möglich gewesen, diese Gruppen noch aktiver mit einzubeziehen?

Noch eine letzte Frage möchte ich hinzufügen: Wie hat das über die Grenzen hinweg im West-Ost-Verhältnis eigentlich gewirkt? Welche Gruppen waren diejenigen, die im Netzwerk zusammengespielt haben? Waren es nicht eigentlich gerade diejenigen Gruppen im Westen, die selbst die neuen sozialen Bewegungen gewesen sind, politisch zum Beispiel die Grünen, oder solche, die in der Kirche von unten in der Bundesrepublik Deutschland eine aktive Rolle gespielt haben? Waren es diese, die sich miteinander identifikatorisch verhalten haben, oder welche anderen Zusammenspiele gab es zwischen West und Ost?

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Jetzt Markus Meckel und als nächster Rainer Eppelmann.

Abg. Meckel (SPD): Als erstes einen Dank an Dr. Demke. Was er hier kritisch im Rückblick gesagt hat, ist grundlegend. Damit wurde das Verhalten von Kirche sowohl erklärt als auch kritisch betrachtet. Genau das brauchen wir heute. Zweiter Punkt: Es ist heute früh in den beiden Vorträgen deutlich von der mangelnden Öffentlichkeit und von der Suche der Gruppen danach die Rede gewesen. Hier ist dann in den einzelnen Beiträgen die wichtige Rolle des Versuchs dargestellt worden, verschiedene Blätter herauszugeben, so etwas wie den Samisdat oder Oppositionsblätter. Das hat eine ganz wesentliche Rolle gespielt und brachte immer auch Konflikte mit der Kirche, denn nur dort gab es die Technik. Manche Verbote sind von Kirchenleitungen ausgesprochen worden, ich habe auch solche Erfahrungen gemacht und mich darüber hinweggesetzt, wie andere auch. Das ist von Herrn Hilse sehr plastisch und sehr richtig dargestellt worden.

Zur Ökumenischen Versammlung: Ich bin dankbar, daß die Bedeutung der Ökumenischen Versammlung hier so klar dargestellt worden ist. Ich würde nicht ganz so weit gehen wie Curt Stauss, zu sagen, daß sie der Vorläufer des Verbotes 1989 war, aber gewiß ein wichtiger. Es hatte für uns in den achtziger Jahren bis 1988 wichtige Auswirkungen, daß der Ruf nach einem konziliaren Prozeß für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, an dem Dr. Falcke und die Delegation der DDR in besonderer Weise beteiligt waren, von diesem ökumenischen Kontext in die DDR zurückgekommen ist.

Die Kirche identifizierte sich dann mit diesen Problemstellungen – immer sehr unterschiedlich natürlich – und erkannte sie dann auch als eigenes Aufgabenfeld an. Ich kann jedenfalls sagen: 1982 ist dieses Friedensseminar, das wir jedes Jahr durchführten, noch von der Mecklenburger Kirchenleitung verboten worden. 1985/86 stand es im Kirchenleitungsbericht vor der Synode. Da gab es dann schon einen Prozeß des Aufeinanderzubewegens. Unsere politische Arbeit begann in irgendeiner Weise anerkannt zu werden. Ein anderer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, daß wir natürlich auch die große Unterschiedlichkeit der Gruppen sehen müssen. Wir waren extrem unterschiedlich, nicht erst im Herbst 1989 hat sich das herausgestellt. Es war wichtig und auch eine ständige Schwierigkeit, die Unterschiedlichkeit anzuerkennen und trotzdem zu versuchen, zu gemeinsamen Positionen zu finden. Diese verschiedenen Versuche von Vernetzungen haben eine ganz wesentliche Rolle gespielt.

Es wird immer wieder von der Bedeutung der nichtkirchlichen Gruppen gesprochen, hier insbesondere von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Gewiß waren diese nichtkirchlichen Gruppen wichtig. Andererseits muß man natürlich auch sagen, daß es kaum eine kirchliche Gruppe gab, die wie die IFM und die „Frauen für den Frieden“ in so engem und ständigem Kontakt mit Kirchenleitungen gestanden hat. So manche kirchliche Gruppe hätte es gewünscht, mit dem Bischof einmal so intensiv diskutieren zu können, wie es die außerkirchlichen Gruppen ständig taten. Ein Stück weit würde ich Heino Falcke widersprechen, wenn er sagt, daß die Gruppen von außen auf die Kirche zu kamen. Ich sehe das nicht ganz so. Viele waren Christen und haben ihre Arbeit als kirchlichen Auftrag verstanden, gewiß im Konflikt mit anderen, die meinten, der kirchliche Auftrag gehe nicht so weit. Wir haben uns als Kirche verstanden und die gesellschaftliche und geistige Arbeit als politische Dimension der Verkündigung des Evangeliums formuliert. Der Konflikt kam nicht von außen auf die Kirche, sondern entwickelte sich in der Kirche selbst. Natürlich, wie immer bei der Verkündigung des Evangeliums, vollzog sich diese Entwicklung in der konkreten gesellschaftlichen Situation und wurde durch sie herausgefordert. Daß, Herr Weißhuhn, die Mahnwachen zuerst von den Gruppen außerhalb der Kirche kamen – nach dem Anschlag auf die Umweltbibliothek und dann im Januar, die Luxemburg-Demonstration –, kann ich nicht ganz so sehen. Wenn man sieht, welche Rolle zum Beispiel das Stadtjugendpfarramt in Berlin dabei spielte und die Koordinationsgruppe von „Frieden konkret“, die in Berlin arbeitete, so zeigt dies die gute Vernetzung innerhalb dieser verschiedenen Gruppen. Ich halte es für unrichtig, immer dieses „Innerhalb“ und „Außerhalb“ der Kirche gegeneinander auszuspielen.

Und ein letztes zu dem basisdemokratischen Ansatz: Ich habe das nun eine ganze Reihe von Jahren erlebt und erlitten. Gewiß, „Dynamik“ und „Spontantität“ brauchen meiner Meinung nach alle Großinstitutionen, Kirchen

wie Parteien. Aber es muß gleichzeitig immer klar und deutlich sein, wer für wen reden kann. Allzuoft gab es unter den Gruppen die Haltung, die meint: Die Basis (die Mehrheit) bin ich! Und wenn der andere etwas sagt, dann ist es offensichtlich nicht die Basis, sondern die Institution. Daß man mit Mandaten klar umgehen muß, war mir ein zentrales Anliegen. Ich denke an die Einrichtung des Fortsetzungsausschusses von „Frieden konkret“ in Schwerin 1985, da gab es viele, die meinten: Wir wollen, daß keiner für uns sprechen kann. Jeder ist, ich hätte beinahe gesagt, sich selbst der Beste und redet für sich. Auch gemeinsame Sprecher sind von vielen abgelehnt worden. Hier hat sich ähnliches zugetragen wie bei den Grünen im schwierigen Anfang der Parteiwerdung. Es war dann später auch kaum jemand unter den Gruppen zu finden, der einer Parteigründung zustimmte. Die grundlegende Ablehnung von parlamentarischer Demokratie durch alles, was sich in der DDR Opposition nannte oder war, ist ein Punkt, den man einmal genauer untersuchen sollte. Sehr viele, mehr als bekannt, haben sich erst sehr spät im Herbst unter dem Druck der Entwicklung entschlossen, Parteien zu gründen und auch eine parlamentarische Demokratie zu akzeptieren. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Rainer Eppelmann und dann anschließend Gerd Poppe.

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Bruder Demke, ich bitte Sie, uns noch ein bißchen weiter dabei behilflich zu sein, kirchenleitendes Handeln politisch beurteilen zu können, und möchte gern noch einmal zu dem von mir vorhin angesprochenen Dreiecksverhältnis Kirchenleitung, Regierende und Gruppen in der Kirche zurückkommen. Mit Interesse habe ich Ihre Würdigung gehört, was ausländische oder westliche Presse und Medien für uns in der DDR getan haben, zumindest in den letzten Jahren nach Helsinki. Und ich vermute einmal, wir sind einer Meinung, daß die Gesellschaft der DDR eine geschlossene gewesen ist, daß eine Darstellung der DDR im Ausland hauptsächlich durch die Regierenden in der DDR und den von ihnen abhängigen Medien passierte. Ich vermute, daß wir auch da einer Meinung sind, daß es innerhalb der DDR ungeheuer schwer war, außerhalb von kirchlichen Nachrichtenkanälen relativ rasch flächendeckend informieren zu können, wenn man etwas sagen wollte, von dem man annehmen mußte, daß es im „Neuen Deutschland“ keine Verbreitung finden wird. Und zum dritten, ich vermute einmal, auch da wird es Übereinstimmung geben, daß westliche Medien und Medienvertreter auch einen gewissen Schutzfaktor hatten, wenn sie über bestimmte Dinge und bestimmte Personen berichteten. Jedenfalls habe ich auch beim letzten Punkt eine ganze Reihe von Menschen gefunden, die da ähnlicher Meinung waren wie ich. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie oft mir von kirchenleitenden Schwestern und Brüdern an der Stelle ein schlechtes Gewissen gemacht worden ist, daß das eigentlich ein Sündenfall ist, den ich da begehe. Welche Gründe, welche Motive haben bei kirchenleitenden Personen eine Rolle

gespielt, das eine zu wissen und das andere zu sagen? Von geschlossener Gesellschaft, Schutzfunktion usw. zu wissen und dennoch nachher zu sagen: Das dürft Ihr nicht machen! Mich hat das nie überzeugt. Wir lösen unsere Probleme alleine. In ganz engem Zusammenhang damit stehen die ersten Gespräche vom Herbst 1981, die Robert Havemann und Rainer Eppelmann mit Bruder Stolpe um den Berliner Appell geführt haben. Wenn ich Sie beide richtig verstanden habe, sind Sie unserem grundlegenden Anliegen gegenüber sehr aufgeschlossen gewesen, alle beide. Bei Stolpe kann ich mich noch daran erinnern, wie er gesagt hat: „Daß ist jetzt unbedingt notwendig, daß das gesagt wird.“ Ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern, ob ich Sie oder Bruder Stolpe gefragt habe, ob eine Möglichkeit bestehe, diesen Appell, wenn er dann fertig sei, innerkirchlich zu verbreiten. Weil wir ja Ihre Sorgen, was den Umgang mit Westmedien anging, sahen, haben wir gesagt: „Gut, aber nicht erst in fünf Jahren, sondern so schnell wie nur möglich wollen wir für eine DDR-weite Verbreitung sorgen.“ Das ist uns abgelehnt worden. Dann ist der Berliner Appell herausgekommen, und das, was kirchenleitende Gremien, zu denen Sie auch gehörten, als einziges offiziell zu diesem Appell gesagt haben, war: Das ist friedensgefährdend. Auch das habe ich bis heute noch nicht so richtig verstanden, was da zu diesem Gesinnungswandel geführt hat und was für Motive von kirchenleitenden Persönlichkeiten oder Gremien es gewesen sind, diesen Appell dann im Februar 1982 als „friedensgefährdend“ zu bezeichnen.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Gerd Poppe bitte.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will einige Anmerkungen machen und dann noch Fragen stellen. Herr Bischof Demke, Sie haben vorhin leicht satirisch vermerkt, daß Sie die möglicherweise in der Kirchenleitungssitzung vorhandene Wanze auch benutzt haben, um Mitteilungen an den Staat zu machen. Hiervon ausgehend möchte ich sagen: Die Gruppen hatten einen grundsätzlich anderen Anspruch und der lautete, bedingungslos an die Öffentlichkeit zu gehen. Das war der wesentliche Punkt, der überhaupt dazu führte, daß die Gruppen zunächst einmal in dieser Form im kirchlichen Rahmen entstanden. Es gab die konspirativen Zirkel in den sechziger und siebziger Jahren noch. In dem Moment, wo sich zeigte, daß diese Konspiration überhaupt nichts hilft und nichts in der Gesellschaft verändern wird, sondern daß man unbedingt an die Öffentlichkeit muß, in dem Moment war es auch notwendig, Öffentlichkeit herzustellen, wenigstens die Teilöffentlichkeit der Kirchen. Das ist ein Ausgangspunkt für das Entstehen von verschiedenen Gruppierungen gewesen, die sich dann zu einer ganz spezifischen DDR-Opposition in diesem Jahrzehnt entwickelt haben. Die Gruppen nahmen für sich in Anspruch, legitim zu handeln und dabei bestimmte Grenzen zwangsläufig überschreiten zu müssen, zu weit gehen zu müssen, Gesetze verletzen zu müssen, wenn sich etwas ändern soll. Die Kirche als Institution kann natürlich diesem Anspruch

nicht folgen, sondern sie muß sich strikt legal verhalten. Das ist der eigentliche Widerspruch in unseren Beziehungen gewesen, und ich denke, er war nicht auflösbar, denn es waren eben völlig unterschiedliche Möglichkeiten und auch Methoden, die verwendet werden mußten. Wichtig wäre gewesen, daß die Kirchenleitung dieses andere Handeln der Gruppen einfach toleriert hätte. Ich sehe in den frühen achtziger Jahren bei der Entwicklung von Gruppen, die zusammengesetzt sind aus Christen und Nichtchristen, eine Phase, in der diese einen ziemlichen Aufschwung nehmen und auch sehr stark zunehmen. Die Friedenswerkstätten sind dafür ein guter Beleg. Als dann aber 1983 zunehmend Methoden der westlichen Friedensbewegung übernommen wurden, nämlich in öffentlichen Aktionen auf Plätze und Straßen zu gehen, dort kleine Demonstrationen zu veranstalten, dann auch die Westmedien, überhaupt Westkontakte zu nutzen, kam es dann zu ersten Übergriffen des Staates gegenüber diesen Gruppen, die zu Verhaftungen in fünf, sechs Städten der DDR führten. Es kam zur Forderung des Staates an die Kirchen, diese Gruppen stärker in den Griff zu bekommen, im Vorfeld zu kontrollieren, eine Pufferzone zu schaffen, dem Staat gewissermaßen die Drecksarbeit abzunehmen und moderierend zu wirken, in dem Sinne, daß es zu keiner Kettenreaktion kommt. Ich sehe diesen Zeitraum etwa 1983/84. Und ich meine, daß er ganz bewußt an die Kirchenleitung herangetragen worden ist, vielleicht ein bißchen diplomatisch von Staats wegen, aber es gibt auch Anzeichen oder direkte Hinweise in den Stasi-Akten, wonach das erklärte Ziel des Staates ist, daß die Kirche diese moderierende Rolle gegenüber den Gruppen spielt. Damit begann ein Zeitraum, den ich so etwa von 1984 bis 1987 ansetzen würde, in dem die Gruppen sich im kirchlichen Rahmen einerseits konsolidierten, andererseits aber auch stagnierten, so daß die einzige Möglichkeit der Weiterentwicklung dann letzten Endes war, wieder herauszugehen. Also hinein in die Kirche, um eine gewisse Öffentlichkeitswirkung überhaupt zu erzielen und sich zu organisieren, um dafür die Vorformen zu finden. Dann die Versuche der Vernetzung, und dann zwangsläufig das Wiederhinausgehen, weil die Begrenzung, die durch den kirchlichen Rahmen den Gruppen gegeben wird, einfach zu groß ist. Das beginnt mit den Mahnwachen, die hier zu Recht erwähnt worden sind. Die Mahnwachen waren ein ganz interessanter Versuch, noch in der Kirche zu sein – eben die Mahnwache vor der Kirche – und zugleich hinauszugehen auf den Platz. Da gab es dann auch die Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung, zum Beispiel bei der Mahnwache Ende 1987. Später waren dann die Demonstrationen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen oder die Proteste gegen die Relegierung der Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule schon Versuche, diesen engen kirchlichen Rahmen zu verlassen und an die Öffentlichkeit zu gehen, bis hin zum Jahre 1989, wo ich das regelrecht in der Sophien-Kirche gesehen habe bei einer Veranstaltung, als dann, ich glaube, Stolpe und auch Hülsemann, flehentlich auf die Versammlung einredeten, doch ja diese Kirche nicht zu verlassen. Die gingen dann aber in großen Scharen

hinaus. Vor allen Dingen jüngere Menschen sagten: Nein, es hält uns hier nichts mehr, wir gehen jetzt hinaus. Wir müssen unsere öffentliche Aktion machen, die wir verabredet hatten. Mich würde an dieser Stelle noch folgendes interessieren: Als Honecker aus Bonn zurückkam, ging er – offensichtlich im Aufwind – sofort daran, die Opposition verhaften zu lassen. Dazu gibt es Hinweise in den Stasi-Akten, in denen deutlich steht: Diese Gruppen müssen auseinanderdividiert werden. Sie müssen in kirchliche und nichtkirchliche unterteilt werden. Diese Aufforderung ist offensichtlich auch an die Kirchenleitung gegangen. Die Frage ist: Wie ist das überhaupt geschehen? Wie hat sich der Staat an die Kirchenleitung gewandt? Auf welchem Umweg sind diese Forderungen, erstens nach einer moderierenden Wirkung, zweitens nach einem Auseinanderdividieren der Gruppen und schließlich nach der Spaltung vielleicht dieser gerade entstehenden Opposition an sie herangetragen worden? In dem Zusammenhang habe ich auch noch eine Frage an Herrn Hilse: Treptow, ich weiß nicht, ob Sie 1985 schon da waren. Es ging damals um ein Menschenrechtsseminar, das in der Treptower Kirche stattfinden sollte. Ich bin sowohl der Staatssicherheit als auch der Kirchenleitung heute noch dankbar, daß das verboten wurde. Das Verbot dieses Menschenrechtsseminars war der Ausgangspunkt für die Gründung der Gruppe „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Sonst hätte es das Seminar gegeben, und wir wären alle wieder nach Hause gegangen. So aber hat das Verbot eine politische Brisanz bekommen. Mich würde interessieren, in welcher Weise die staatlichen Stellen dort an die Gemeinde herangetreten sind oder über den Umweg der Kirchenleitung. Die Gemeinde und der Gemeindekirchenrat waren autark in ihren Entscheidungen. Der Gemeindekirchenrat hätte sagen können, er mache das. Er hat sich aber offensichtlich der Empfehlung der Kirchenleitung gebeugt. Wie sind solche Entscheidungen zustande gekommen, etwas mit den Gruppen zu machen oder es lieber sein zu lassen? Und welche Rolle hat die Kirchenleitung dabei in diesem Falle gespielt? Danke. Das soll erst einmal genügen.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, wir haben jetzt noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Ich mache jetzt noch vier durchs und dann sehen wir erst einmal. Dann ist der nächste Martin-Michael Passauer und danach Margot von Renesse.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Spätestens nach dieser öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission kann man von „der Kirche“ und „den Gruppen“ nicht mehr sprechen, sondern höchstens von einem Arbeitstitel. Daß der Arbeitstitel, den wir für dieses Phänomen gefunden haben, sehr differenziert betrachtet werden muß, haben wir heute schon in allen Facetten gehört, so daß es mir schwerfällt, eine Alternative dafür zu finden. Wenn wir von „den Gruppen“ reden, muß man all das im Hinterkopf haben, was wir heute Vormittag gehört haben, und das macht das Ganze

noch viel schwieriger, aber auch um so spannender, denn hier zeigen sich sehr, sehr viele Konfliktfälle und stellen sich auch viele Fragen, die für die Enquete-Kommission wichtig sind. Ich will noch einmal drei Fragen für mich formulieren. Eine Frage an Heino Falcke, da geht es nochmal um die Legitimation und auch um die Frage nach dem Kirchenverständnis. Eberhard Jüngel ist gestern von mir danach gefragt worden, welches Kirchenverständnis denn dahinter steckt, wenn er von „Kirche“ spricht. Sie haben, Bruder Falcke, als es damals um die Randgruppen ging, wenn ich mich richtig erinnere, die einleuchtende These formuliert: Wir sollten aufpassen, daß die Randgruppen nicht plötzlich die Mitte der Kirche sind, und ob die Randgruppen nicht schon viel eher Kirche sind, als wir es eigentlich denken. Würden Sie heute aus Ihrer Sicht nachträglich sagen – wie gesagt, ich benutze immer den globalen Begriff Gruppe, obwohl es eigentlich falsch ist –, daß die Gruppen auch im neutestamentlichen Sinne Kirche gewesen sind und wir ihr Kirchesein eigentlich viel zu sehr aus der Sicht der Integrationsnotwendigkeit gesehen haben?

Die zweite Frage geht an Herrn Weißhuhn: Du hast uns vorher auf den Weg gegeben, daß die Kirche eigentlich gut daran täte, sich auf Gruppen zu stützen, die ihnen jetzt helfen könnten, ihre eigene Identitätskrise ein bißchen besser zu lösen, und sich an ihnen zu orientieren. Dabei hast du Kirche von unten und solidarische Kirche genannt. Ich wäre dankbar, wenn du noch einmal in ein paar Sätzen sagen würdest: Wo liegen denn die inhaltlichen Alternativen oder die Andersartigkeiten, die sich die Kirche jetzt zunutze machen könnte, oder wo sie sagt: Diese Ansätze müßten wir noch stärker rezipieren?

Und die dritte Frage geht an Bruder Hilse: Ich habe den Eindruck, auch aus meiner eigenen Praxis, daß die Ausreisegruppen in dem ganzen Gruppenspektrum immer eine Randposition hatten, obwohl sie nachträglich von vielen als einer der wichtigsten Wendebeförderer benannt worden sind. Sie haben vorher auch gesagt, daß die Inhaftierungen von Leuten, die in Ausreisegruppen gearbeitet haben, von vielen wenig oder gar nicht wahrgenommen worden sind. Hängt das nicht auch damit zusammen, daß gerade im Konflikt mit den Ausreisegruppen der Konflikt zwischen Staat und Kirche oder zwischen Staatssicherheit und Kirche exemplarisch vorgeführt wurde? Denn hier geriet man in die Schußlinie von allen, wenn man sich auf diese Ebene begab und sich Ausreisewilligen näherte, die eigentlich nur noch den Reisesegen haben wollten, aber keine inhaltliche Begleitung. Danke.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Margot von Renesse und dann Manfred Wilke.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ja, ich kann da gleich anknüpfen, weil eine der Fragen von Herrn Passauer auch die war, wenn ich das richtig verstanden habe: Was folgt daraus? Haben wir jetzt was gelernt, was wir dann schwarz auf weiß für vergleichbare Situationen nach Hause tragen

können? Und so etwas klang auch bei Herrn Bischof Demke an, selbstkritisch eine Fehleinschätzung eingeräumt zu haben, was insbesondere das Problem des Konflikts mit der staatlichen Öffentlichkeit angeht. Mich verwirrt das, denn ich glaube nicht, daß das schon so eindeutig festzustellen ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß es eine Ost- und eine Westerfahrung gibt. Und die innerkirchliche Westerfahrung ist in den siebziger/achtziger Jahren, wenn auch nicht so existentiell bedrohlich, doch in Form und Themen mit der Osterfahrung vergleichbar. Wenn ich also Kirchen, Gemeinden in der ehemaligen DDR besuchte, habe ich mich gewundert, wie sich die Bilder glichen. Die Themen waren identisch: „Frieden“, „Bewahrung der Schöpfung“, das Thema „Schwule“, auch die Auseinandersetzung mit Presbyterien und Gemeindegemeinderäten über die Frage „Ist das noch Kirche?“, „Wie verhält sich das?“ – alles glich sich fast bis aufs Haar, natürlich nicht in der existentiellen Bedrohung, in der Drucksituation. Aber die Auseinandersetzung kannte ich, auch was Friedensfragen anging, denn bei uns gab es die Kriegsdienstverweigerer, die in kirchlichen Gruppen beraten wurden. Also auch hier die Frage: „Sind diese Gruppen Kirche?“ Identitätsfragen rauf und runter. Nun kann man sagen: Bei ihnen haben die Gruppen gesiegt, bei uns aber nicht. Bei uns sind sie Randgruppen geblieben und manche behaupten, sie haben verloren. Und ich denke, daß also die Frage „Was ist richtig?“ sich so einfach nur aus der Osterfahrung jetzt für die Kirche nicht beantworten läßt nach dem Motto: „Hätten wir mal die Randgruppen ins Zentrum gerückt und alles getan, was sie uns tun lassen wollten.“ Ich frage das, weil ich darauf keine Antwort weiß, ich hätte gerne eine. Und ich denke, man kann vielleicht folgendes sagen: Es gab selbstverständlich sowohl im Osten als auch im Westen Schnittmengen gemeinsamer Interessen, gemeinsamer Themen, gemeinsamer Aktivitäten, aber diese Schnittmengen waren für beide nicht das Ganze. Darum ist es richtig, und ich habe dagegen auch gar nichts einzuwenden, wenn Herr Poppe schildert, daß Kirche bittet, „Bleibt da“, die Leute aber raus gehen, möglicherweise gleich in die Hände der Stasi. Dann ist es so, daß beide in ihrem jeweiligen Verhalten, wer immer sich so verhalten hat, bis zu einem gewissen Grade recht haben. Die Kirche, wenn sie versucht in der Verantwortung, die sie empfindet, die Leute bei sich zu halten und sie zu schützen, die anderen, wenn sie sagen: Wir brauchen eure Öffentlichkeit, aber wir brauchen nicht eure Vormundschaft. Aber euer Betreuungsangebot ist Vormundschaft. Ich halte das für absolut korrekt. Ich kenne die Diskussion bei uns im Westen, wo auch gesagt wurde: „Okay, Kirche ist da, damit ihr euch untereinander stärkt, aber Kirche ist nicht euer Arbeitsfeld, das Arbeitsfeld liegt woanders.“ Ich kann mir vorstellen, daß man da tatsächlich eine Unterscheidung vornehmen muß. Und wenn ich mir zuletzt noch erlauben darf, folgendes zu sagen: Öffentlichkeit, das haben wir immer wieder gehört, ist sowohl für Kirche als auch für Gruppen ein Wesensmerkmal gewesen, eine identitätsprägende Arbeitsmethode und ein Handlungsfeld. Nur, das haben wir

doch nun auch gehört, die Öffentlichkeit der Kirche in der ehemaligen DDR hätte möglicherweise, daran mußten jedenfalls die Kirchenleitungen doch zumindest denken, in der konkreten Drucksituation, die der Staat entfalten konnte, weggefeigt werden können. Ich denke auch, wenn möglicherweise technische Mittel, von denen Herr Hilse sprach, verwendet wurden, daß durch die Möglichkeiten der Kirche, so etwas zu erwerben, nicht zuletzt auch die Kooperation mit der Westkirche überhaupt entstanden sein dürfte. Diese Kooperation setzte aber die Kooperationsbereitschaft der DDR-Kirche mit der DDR voraus. Was also wäre diese Öffentlichkeit gewesen, und wie hätte man sie herstellen können? Ich denke, wir müssen darüber sehr viel vielschichtiger nachdenken als nur nach dem Motto: Man sieht es doch, die Gruppen hatten recht, die Kirchenleitung hat gekniffen oder hat einen auf weiche Welle gemacht. Ich glaube nicht, daß das so einfach ist.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Bischof Demke hat ziemlich zum Schluß einen Satz gesagt, den ich noch einmal in die Diskussion zurückholen will, nämlich: „In der Kirchenleitung haben wir politische Analysen nicht angestellt“, wenn ich Sie so richtig verstanden habe. Das ist natürlich ein Satz, der für die Behandlung dieses Themas, aber auch anderer Themen von wirklich grundsätzlicher Bedeutung ist. Nach meiner Kenntnis der DDR-Geschichte sind politische Analysen im Grundsatz – mit welcher Gesellschaft, mit welchem Staat haben wir es eigentlich zu tun –, verglichen mit Polen oder der Tschechoslowakei, wenige gemacht worden. In der Kirche wurden welche gemacht – ich denke an Dibelius (1958), an Hamel, an die Handreichung von 1963, die wie die anderen mit praktischer Absicht geschrieben wurde, und an die Diskussion um die Gründung des Bundes und um die Frage, wie man sich zum Staat der DDR verhält. Schröder hat gestern Abend darauf aufmerksam gemacht, daß es zur Formel „Kirche im Sozialismus“ eine interne synodale Ausarbeitung gab, die aber schon nicht mehr veröffentlicht, nicht mehr innerkirchlich verbreitet wurde. Ich meine jetzt diese grundsätzliche Analyse, denn ich denke, daß die Kirchenleitungen ja, und Sie haben das auch in Ihrem Beitrag vorgeführt, in der konkreten Situation allemal politische Analyse des Tages machen mußten. Aber ich rede jetzt von einer Analyse in diesem grundsätzlichen Sinne: In welchem Staat, in welcher Gesellschaft leben wir eigentlich, und wo, um Heino Falckes Wort aufzugreifen, müssen wir Opposition machen? Wir können nicht Opposition sein, aber wo müssen wir Opposition machen? Und hier will ich das noch ein Stück weitertreiben, weil Bischof Leich uns gestern abend ermahnt hat, daß wir gewissermaßen nicht nur die DDR-Aufarbeitung betreiben sollten, sondern den Blick auch auf den Westen richten sollen. Mir fällt ein, daß eines der Dokumente, das man in diese Grundsatzkategorie der späten achtziger Jahre einreihen könnte, das berühmte, von der Kirche West und Ost begrüßte und von einem

engagierten Kirchenmann mitformulierte SED/SPD-Streitpapier gewesen ist. Das Interessante dieses Papiers ist, daß es ebenfalls darauf verzichtet, eine Strukturanalyse vorzunehmen, mit was für Gesellschaften wir es eigentlich zu tun haben. Es sind Grundverständnisse gegeneinander aufgelistet worden, dann ist erzählt worden, daß die Gesellschaften sich wechselseitig nicht abschaffen können und daß man gemeinsam aus dem Geist des Humanismus, auf den sich beide Parteien bezogen, die Zukunft Europas gestalten müsse. So war also die Frage schon sich selber verboten: Mit welchem Staat, mit welcher Gesellschaft haben wir es zu tun, und wo ist im Streit um die staatliche und gesellschaftliche Ordnung unsere Position? Und ich denke mir, daß Sie zu diesem Komplex, den ich jetzt angesprochen habe, vielleicht noch einmal dezidiert ein paar Sätze sagen sollten, wie das in der Praxis abgelaufen ist und warum es diese Analyse nicht gegeben hat.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Als letzter Frager Herr Fricke bitte.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe ein paar ergänzende Fragen zu denen, die Gerd Poppe hier schon aufgeworfen hat und die sich auf das Verhältnis von Gruppen, Kirchenleitung und Staat bzw. Staatssicherheit beziehen. Es sind Fragen, die ich vor allen Dingen an Herrn Böttger und Herrn Weißhuhn richten möchte sowie an Herrn Bischof Demke. Zunächst: Wieweit war die Staatssicherheit objektiv über die Situation in den Gruppen überhaupt informiert? Es ist klar, daß sie – sonst hätten sie sich ja nicht in den frühen achtziger bzw. späten siebziger Jahren konspirativ organisiert – immer in dem Bewußtsein gehandelt haben, unter der Kontrolle der Staatssicherheit zu stehen. Welche Erkenntnisse haben Sie aus dem Aktenstudium nach der friedlichen Revolution über die tatsächliche Informiertheit der Staatssicherheit? Zweitens würde ich gerne wissen, ob Sie aus den Akten selbst Hinweise darauf gewinnen konnten, daß die Staatssicherheit mit Zumutungen an die Kirchenleitung herantreten ist, im Sinne einer Konfliktvermeidungsstrategie moderierend auf die Gruppen einzuwirken. Drittens: Ist der Eindruck richtig, daß nach einer Verstärkung des terroristischen Zugriffs in den Jahren 1987/88 und dann vor allen Dingen im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 1989 die Staatssicherheit sich deutlich zurückhält, fast gelähmt erscheint? Wenn dieser Eindruck richtig ist, war diese Lähmung Ausdruck einer politischen Krise, oder ist sie auf den moderierenden Einfluß der Kirche bzw. Kirchenleitung zurückzuführen?

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Hier hatte ich noch eine Frage übersehen, und da wir jetzt Schluß machen mit den Fragen: Gibt es noch jemanden, den ich übersehen habe, außer Martin Gutzeit? Das ist offenbar nicht der Fall. Bitte schön.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte an eine Formel anknüpfen, die auch das Selbstverständnis der Kirchen in der DDR beschrieb, und die hieß „Kirche für andere“. Dann möchte ich auch auf etwas hinweisen, was hier schon

sehr häufig angesprochen wurde, die Tatsache, daß in einem System, in dem Gesellschaft unabhängig vom Staat kaum möglich war, die Kirche als einzige Institution so etwas darstellen und abbilden konnte, Öffentlichkeit darstellen konnte, dazu die Mittel und Möglichkeiten von Räumlichkeiten für Veranstaltungen über Drucktechnik hatte, über eigene Bildungswege usw. Muß man nicht diese Tatsache so begreifen, daß die Kirche eine extrem privilegierte Situation gegenüber allen anderen hatte? Ich nenne die Gruppen, ich nenne die anderen Institutionen in dieser Gesellschaft. Und nun das Problem: Wenn Kirche sich als „Kirche für andere“ darstellte und das öffentlich verkündete, wie konnte sie es dann ertragen, die Privilegien allein für sich zu haben, sie zwar teilweise auch anderen zur Verfügung zu stellen, aber nach eigener Maßgabe, nach eigenem Interesse? Wie konnte sie die disziplinieren, die das etwas weiter sahen und diese Privilegien nicht für sich haben wollten, sondern Gruppen und Initiativen die Möglichkeiten gaben, ihre Schriften bei der Kirche zu vervielfältigen und sie so an ihrem Privileg teilhaben ließen? Das heißt, ich frage: Ist hier nicht, jedenfalls nach eigenem Selbstverständnis, die Kirche in der DDR angefragt, daß sie ihre eigene Existenz und ihre eigenen Interessen höher wertete als den Anspruch, für andere und die Lebensmöglichkeiten anderer dazusein? Das ist die erste Frage. Zweitens komme ich jetzt auf diese Gruppierungen zu sprechen, da spreche ich Angelika an, aber auch die anderen: Woran liegt es eures Erachtens, daß es so lange dauerte, bis sich in den Gruppierungen innerhalb, aber auch außerhalb der Kirche ein tatsächliches, striktes Oppositionsverständnis herausbildete? Meines Erachtens kam das erst langsam im Herbst 1989. Spielt da vielleicht teilweise die kirchliche Sozialisation mit hinein, teilweise auch die Bemühungen der Kirchen, abzdämpfen, was als spontaner Impuls da war? Und zum Schluß noch eine konkrete Frage an Rudi Pahnke, bei dem es um den Generalsuperintendenten Krusche in Berlin, um vielfältige Konflikte, die es dort gab, auch Bemühungen die Initiativen zu bremsen, zu deckeln, Öffentlichkeit zu verhindern, ging. In welcher Weise spielt da die ja auch bekannt gewordene Tätigkeit oder Zusammenarbeit des Generalsuperintendenten mit dem MfS eine Rolle, die ja bis in den Herbst 1989 hinein dokumentiert ist? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir kommen jetzt zu der Beantwortung all dieser vielen Fragen und fangen in diesem Fall links an mit Rudi Pahnke und dann Herr Stauss.

Pfarrer Rudi-Karl Pahnke: Jetzt möchte ich zunächst einmal zu den Fragen, die Gerd Poppe aufgeworfen hat, etwas sagen. Ich glaube, daß das schon richtig beschrieben ist. Der Kirche war zweifellos eine moderierende Funktion zugeschrieben worden. Wir haben sie bewußt auch wahrgenommen im Hinblick auf die Friedenswerkstatt usw., dann wurde aber klar, daß die Konflikte eskalieren, und es gab zwei unterschiedliche Richtungen: Einerseits

das Bestreben des Staates, z. B. Kirche, Kirchenleitung so unter Druck zu setzen, daß sie sich von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ distanziert. Die Darstellung muß hier wirklich korrigiert werden. Es ist so gewesen, daß dieser Druck von außen kam. Die Kirchenleitung hat dann die Beziehung zu dieser Initiative abgebrochen, und es sind die Gespräche, nach denen Markus Meckel sich sehnte, auf Privatebene weitergeführt worden. (Zwischenruf Abg. Meckel: Die gab es vorher, die Gespräche.) Mitte 1988 sind sie privat weitergeführt worden gegen Beschlüsse der Kirchenleitung, die nicht mehr dazu gestanden hat. Nur einzelne der Kirchenleitung, Bischof Forck, Ulrich Schröter usw. haben diese Gespräche weitergeführt. Es ist eine Dividierung der einzelnen Gruppierungen geschehen. Eine bestimmte Aufspaltung ist also durchaus gelungen. Das ist nur die eine Seite der Wahrheit, die andere Seite ist, daß innerhalb der Gruppen natürlich auch IM waren. Ich erinnere an IM Max. Wenn man sich die IM-Akte „Max“, also Wolfgang Wolf, der in Berlin einmal eine wichtige Rolle spielte, anschaut, stellt man fest, daß IM Max an vielen Stellen nachweisbar die Funktion hatte, die Gruppen selbst zu dividieren und die Verhältnisse zwischen Kirche und Gruppen zu stören und zu beeinflussen. Es gibt einen bemerkenswerten Vorgang, wo sich Wolfgang Wolf mit Generalsuperintendent Krusche unterhält, beide hatten mit der Staatssicherheit Kontakte. Und Günter Krusche fragt Wolfgang Wolf nach der Strategie im Umgang mit den Gruppen, weil er nicht weiß, wie man es richtig macht, und Wolfgang Wolf berät ihn dann strategisch. Das ist ein sehr merkwürdiger Vorgang. Aber das hat es zweifellos gegeben, also diese Versuche zu dividieren, die einzelnen Gruppen zu isolieren – „Teile und herrsche“ war dahinter das grundlegende Prinzip. Ich sehe das nicht von einem Harmoniemodell, sondern von einem Konfliktmodell aus, daß es hier unentwegt Konflikte gegeben hat. Ich habe mich an manchen Stellen auch in ungunstiger Weise in diesen Konflikten instrumentalisieren lassen, sage ich einmal von mir selbst. Zu Fragen „Kirche von unten“ habe ich mich wirklich auch instrumentalisieren lassen, das habe ich aber erst später gesehen oder sehe ich an manchen Stellen erst jetzt. Im Grunde brauche ich jetzt zu Krusche nichts weiter zu sagen, da sind die Dinge für mich erkennbar, daß da zumindest in Absprache mit den Vertretern der Staatssicherheit oder der staatlichen Organe gehandelt wurde. Was mich theologisch außerordentlich bei Günter Krusche empört, ist, daß er die Barmer Theologische Erklärung als Instrument gegen die Gruppen einsetzte, und zwar so einseitig und so fatal, daß sich die Kirche mit diesem Gebrauch der Barmer Theologischen Erklärung höchst kritisch auseinandersetzen müßte oder hätte auseinandersetzen müssen. Das ist aber nicht geschehen, man hat das irgendwie geschehen lassen.

Pfarrer Curt Stauss: Ich will nur zu zwei Fragen etwas sagen. Frau Wilms hatte zum einen nach dem systemimmanenten Ansatz der Gruppen gefragt. Mir ist dazu in Erinnerung gekommen, daß wir seit, ich denke 1982/83 zunehmend

von „unserem Land“ gesprochen haben und gesagt haben: Denen wollen wir unser Land nicht überlassen. Das war vielleicht Opposition-Machen, das war in meiner eigenen Erinnerung jedenfalls nicht so früh schon die Absicht, politische Opposition zu organisieren. Es war jedenfalls die Absicht bzw. die Basis, zu sagen: Wir identifizieren uns mit – wir haben nie Heimat gesagt, das war ein bißchen zu plüschig – diesem Land, in dem wir leben. Das wollen wir nicht Leuten überlassen, die es ökologisch zerstören oder wirtschaftlich auspowern. Dahinter stand ein Ansatz von politischer Analyse, der schon damit begann, daß wir Staat und Gesellschaft wieder unterschieden haben. Das ist immer bewußt durch die Propaganda vermischt worden, durch den Unterricht in den Schulen und in allen öffentlichen Verlautbarungen. Dieser Ansatz von Analyse hat eine ganze Reihe von Folgen gehabt, etwa auch in dem, was wir in der kirchlichen Jugendarbeit an politischer Bildung versucht haben. Genauso habe ich in Gruppen immer wieder erlebt, daß diese Grundunterscheidungen wieder eingeführt wurden, um überhaupt den Kleister aus dem Kopf zu bekommen und klarer gucken zu können auf das, was hier passierte. Ich fand sehr nobel, daß Bischof Dr. Demke sagte, Ansatz zur Situationsanalyse oder politischer Analyse habe es kaum gegeben. Er ist sicherlich einer der wenigen gewesen, die in kirchenleitenden Zusammenhängen überhaupt politisch gedacht haben. Das muß auch noch einmal gesagt werden.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Und er ist gleich der nächste.

Bischof Dr. Christoph Demke: Vielleicht sollte ich dann auch gleich mit der Frage von Herrn Wilke beginnen. Ich muß noch einmal deutlich machen: Ich habe zwischen politischer Analyse und Systemanalyse unterschieden, und ich halte es auch für dringend erforderlich, daß man beides auseinanderhält. Wenn man Systemanalyse schon für aktuelle politische Analyse hält, wird Murks daraus. Entschuldigung, wenn ich mich einmal so kurz ausdrücke. Nun muß ich deswegen differenziert antworten. Systemanalyse hat es wohl gegeben, das haben Sie ja auch beschrieben. Sie ist, wenn ich mich so recht erinnere, schon um die Gründung des Bundes herum von den Kirchenleitungen den kirchlichen theologischen Ausbildungsstätten und den Evangelischen Akademien überlassen worden. Da fand sie auch späterhin noch statt, aber in den Kirchenleitungen immer weniger. Ich meinte aber nun, was generell fehlt, ist nicht die Frage: In welcher Gesellschaft leben wir? Das ist auch eine wichtige Frage. Aber: Was ist jetzt los? Wie sind die Kräfte verteilt? Wie ist Kirche unter Umständen zu einer sehr parteiischen Haltung gefordert? Also die aktuelle politische Analyse meinte ich vorhin vor allem. Die habe ich eigentlich nicht erlebt, die ist irgendwo dem kirchenleitenden Geschäft auch fremd, weil man dann denkt: Aha, da mischen wir uns jetzt eigentlich in eine Sache ein, die nicht unsere ist. Ich meine, das ist streng zu unterscheiden. Aber wenn man kirchenleitendes Handeln im Blick auf seine Auswirkungen

reflektiert, muß man auch die akute politische Analyse machen, denke ich. Daran hat es gefehlt.

Herr Weisskirchen, Sie hatten gefragt: Haben die Gruppen nicht mehr zur Lebendigkeit von Kirche beigetragen als die Institution selbst, und hätte man die Gruppen nicht aktiver einbeziehen können? Kirche, wenn man sie nicht mit Kirchenleitung verwechselt, ist überhaupt nur lebendig, wenn in ihren gemeindlichen Gliederungen etwas los ist. Das sage ich jetzt sehr unqualifiziert. Da haben die Gruppen wichtige Impulse gegeben. Die Gruppen sollten jetzt nicht einfach institutionell angebunden werden, sondern es war das Bemühen da, zu fragen: Wie kann man diese Impulse – sage ich einmal – in die normale Gemeindegemeinschaft hinein vermitteln? Wenn ich richtig sehe, ist das eigentlich erst über den Umweg der Ökumenischen Versammlung gelungen. Es ist nur sehr eingeschränkt, sehr partiell, sehr örtlich möglich gewesen, und das bedaure ich. Aber so ist es gewesen. Die heutige Situation sehe ich eigentlich so: Es fehlt den Kirchen vieles dadurch, daß es etwas Ähnliches nicht gibt. Aber die Gruppen sind auch nicht so etwas Konstantes, daß man es durch die Jahre dahintragen kann. Zum Glück gibt es hier und da etwas ähnliches, was z. B. an manchen Stellen im Blick auf den Einsatz für Asylbewerber passiert, da finden Sie ähnliche Erscheinungen und die Mischung von kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen, den sehr persönlichen Einsatz, die Zusammenbindung zu einer Gemeinschaft, die eigentlich mehr zusammen lebt, als jetzt nur einmal eine Aktion startet. Ich glaube, eine solche Sache ist eben nicht transportabel durch die Zeiten. Die hat ihre Stunden, und dann wird sie hoffentlich wieder anders gestaltet.

Zu Ihren Fragen: Zunächst einmal haben Sie den Widerspruch im Umgang mit den Medien geschildert. Das ist ein Widerspruch, der zum Teil etwas Irrationales hat. Aber ich versuche jetzt einmal, das Rationale daran zu verdeutlichen. In der Situation der siebziger Jahre muß sich ausgebildet haben, daß die Kirchenleitungen in der Absicht, ihrem Auftrag gemäß in dieser so geprägten und geleiteten Gesellschaft Kirche und Gemeinde Jesu Christi zu sein, sich bemühten, das, was sie von der Verpflichtung des Glaubens her in diese Gesellschaft hinein verlautbarten, gegen den Grundverdacht, das sei alles nur Nachplappern dessen, was der Klassenfeind sage, abzuheben. Das hat dazu geführt, daß man auch hinsichtlich der benutzten Terminologie möglichst nicht die klassische westliche Terminologie benutzte, sondern man versuchte, das etwas anders auszudrücken. Das hat dann auch dazu geführt, so sehe ich das jedenfalls, zu sagen: „Nein, das ist nicht gut, das über die Medien zu transportieren, sondern das gibt dem gleich einen falschen Anstrich, und wir können gar nicht zu Gehör bringen, daß es um eine ganz notwendige, aus der Sache, auch des kirchlichen Auftrags an dieser Stelle in diesem Land kommende Angelegenheit geht. Deswegen bitte nicht mehr diesen Umweg über die westlichen Medien.“ Die Phänomene, die Sie genannt haben –

Geschlossenheit, es gibt gar nicht so etwas wie Öffentlichkeit, die westlichen Medien wirken auch als Schutzfaktor –, sind zwar alle bewußt gewesen, aber es hat an der Stelle keine nochmalige systematische Reflexion gegeben, sondern dieser Impuls war so stark – deswegen ist es Ihnen gegenüber, denke ich, auch geradezu als moralische Vorhaltung angekommen –, weil dahinter diese Überlegung stand: Wir müssen jetzt versuchen, in dieser Gesellschaft möglichst authentisch zu sein. Da wirkte sozusagen der Umweg über die westlichen Medien als Verunreinigung dieser Authentizität. Dadurch war dann diese moralische Attitüde mit dabei. So jedenfalls habe ich das verstanden.

Herr Poppe hat gefragt: Wie ist denn das Ansinnen, moderierend auf die Gruppen einzuwirken, an die Kirche herangetragen worden? Ich kann jetzt wirklich nur für mich sprechen, wie ich das erlebt habe. Ich weiß nicht, was woanders gelaufen ist. Ich habe es so erlebt, daß das eigentlich mehr von uns aus gekommen ist, und zwar in folgender Konstellation. Das Gespräch beim Rat des Bezirkes: Herr Bischof, „Konkret für den Frieden“ in Stendal, wir wissen schon, 400, 500, entsetzlich, alles kommt, stürzt dahin, der CIA hat die Hände im Spiel usw. Nun sagt man erst einmal z. B. in bezug auf die Zahlen: Nun beruhigen Sie sich einmal. Das war sozusagen die Reaktion darauf, erst einmal zu sagen: Sie brauchen Beruhigung. In diesem Bemühen, erst einmal die Realität herzustellen und zu sagen: Das wird eine geordnete Sache usw., an diese Situation kann ich mich jetzt erinnern. Dann haben wir gesagt: Wir gehen selbst hin als Beruhigungsfaktor. Ich kann mich nicht entsinnen, daß z. B. in so einem Zusammenhang eine Erwartungshaltung inhaltlicher Art von staatlicher Seite an uns herangetragen wurde. Die haben inhaltlich, jedenfalls im Zusammenhang „Konkret für den Frieden“, nach meiner Erinnerung nichts gesagt. Aber es gab die Erwartungshaltung: keine ausländischen Medien oder überhaupt keine Medien, glaube ich sogar, keine Medienwirksamkeit. Wir haben jetzt einen Forschungsauftrag gegeben, diesen ganzen Vorgang noch einmal auszugraben und nachzuzeichnen. Die staatliche Seite wollte in dem Zusammenhang von uns eine Erklärung: Wir, die Kirchenleitung, verbitten uns die Anwesenheit ausländischer Medien. Ich hoffe, wir haben das nicht erbeten. Aber wie eindeutig unsere Reaktionen auf diese Bitte war, kann ich jetzt aus dem Gedächtnis nicht sagen. Es ist, glaube ich, dann irgendwie ein Verbot des Außenministeriums erfolgt, weil die Korrespondenten, die in Berlin saßen, zu der Zeit noch eine Reisegenehmigung brauchten. (Zwischenruf Abg. Weisskirchen: Herr Demke, das galt auch für Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland, die nicht Journalisten waren.) So habe ich das erlebt. Die Differenzierung, das eine ist eine christliche, das andere eine nichtchristliche Gruppe, habe ich nicht erlebt, vielmehr immer das Argument: Dies kann doch keine Ansicht der Kirche sein, dies ist doch mit dem kirchlichen Verständnis nicht zu verbinden. Aber das mag jetzt an der Situation liegen, diese Differenzierung habe ich so jedenfalls nicht erlebt.

Zur Frage nach der Staatssicherheit, wie weit sie informiert war: Das war mehr an die Gruppen gerichtet. Ich würde dazu nur gerne bemerken: Mir ist immer sehr wichtig, auch beim Studium der Akten, daß man genau feststellt, bis zu welcher Ebene von Staatssicherheitsdienst die Informationen gelaufen sind, und zwar deswegen, weil ich den Eindruck habe, daß auch innerhalb des Staatssicherheitsdienstes ideologisch das sortiert wurde, was man erfuhr. Das kam dann innerhalb einer zentralen Stelle ziemlich ausgefiltert und dann eben auch sehr schablonenhaft an. Die Ebenen müßte man unterscheiden.

Die Kirche hatte eine privilegierte Stellung, ganz klar, in vielerlei Hinsicht. Und es hieß, alle kirchlichen Mitarbeiter hatten eine privilegierte Stellung. Die Privilegien waren nicht einfach hierarchisch gegliedert, das will ich auch einmal sagen. Es gab da andere Gesichtspunkte, nach denen die DDR privilegierte. Die Frage: Kann man diese Privilegien in Anspruch nehmen, darf man das überhaupt, und wie nehmen wir sie so in Anspruch, daß sie sich für andere öffnen, ist nicht erst heute eine Frage, sondern wurde damals schon immer gestellt. Das war auch das Hauptproblem bei der Dienstreisegenehmigung. Das ist immer das Problem gewesen, das ist nicht neu. Bei den Vervielfältigungen war es eben eine Ermessenssache. Ich habe versucht, das zu verdeutlichen. Man mußte sozusagen autoritär sagen: Wir entscheiden allein darüber. Dieses autoritäre „wir entscheiden allein darüber“ war die Sicherung eines gewissen Spielraums, weil wir abgelehnt haben, über Inhaltsfragen zu diskutieren. Das geht euch gar nichts an, es geschieht für den kirchlichen Dienstgebrauch. Die Kirche hat dafür die Verantwortung, wir entscheiden darüber. Das heißt, dieses Darauf-Insistieren war zugleich der Grund, war die Basis für eine gewisse Spielbreite. Nun mußte man immer tarieren, wie weit die Spielbreite geht, um dieses „wir entscheiden darüber“ nicht in Frage zu stellen.

Darf ich zum Schluß vielleicht doch noch etwas sagen. Soweit ich die Beiträge von Günter Krusche zur Barmer Theologischen Erklärung gelesen habe, kann ich nur feststellen: Die Frage, inwieweit die Inhalte des Einsatzes von Gruppen in das Mandat der Kirche gehören, ist eine notwendige Frage, vor allem aus lutherischer Tradition. Sie ist nicht nur in Berlin gestellt worden, sondern auch an vielen anderen Stellen in den Kirchen der DDR. Das mag komisch klingen, aber ich habe es oft so erlebt, daß wir gesagt haben: Die und die Frage stellen wir weder öffentlich noch inoffiziell, weil sie sofort zu irgendwelchen politischen Einflußnahmen führen kann.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Propst Falcke bitte.

Propst D. Heino Falcke: Vieles ist gesagt. Ich werde mich vielleicht auf drei Punkte beschränken.

1. Zur Frage von Herrn Weisskirchen, ob nicht die Gruppen ein wesentliches Element zur Verlebendigung der Kirche waren, und ob das nicht auch planmäßiger von der Kirche hätte genutzt werden können. So haben

Sie das nicht gesagt, ich vergrößere das ein bißchen. Vorbemerkung: Wir mußten uns hüten, die Gruppen, die im Raum der Kirche agieren wollten, mit ganz bestimmten Anliegen, und sei es nur zur Verlebendigung der Kirche, zu instrumentalisieren. Da wurde manchmal als Kriterium folgendes angewandt: Das ist doch eine missionarische Gelegenheit, hier gilt es, Menschen zu missionieren und in die Kirche zu integrieren. Das konnte sie nicht, und das meint auch Ihre Frage ganz sicher nicht. Weiter ist dazu aber zu sagen, daß natürlich die Gruppen schon dadurch, daß sie Indikatoren und Seismographen der gesellschaftlichen Situation waren, eine enorme Hilfe für die Kirche waren, in ihrem Zeugnis und mit ihrem Dienst wirklich in die Situation hineinzugehen und die Situation zu erfassen. Es gab nicht nur, wie das meistens empfunden wurde, eine Identitätskrise der Kirche durch die Gruppen, sondern die Gruppen antworteten auch auf eine Relevanzkrise der Kirche. Spricht die Kirche eigentlich das Wort zu den Kernfragen, zu den brennenden Fragen der Zeit? Dazu wurde die Kirche durch die Gruppen herausgefordert.

2. Sie fragten: Gab es auch so etwas wie eine Strategie der Kirche, um durch die Beziehung von Kirche und Gruppen in der Kirche die Kirche zu verlebendigen? Das gab es. Wir hatten in der Kirchenprovinz Sachsen z. B. 1985 eine Provinzialsynode, eine Landeskirkensynode, die ganz bewußt die Gruppen einbezog, die gleichzeitig eine Werkstatt war, wo die Gruppen sich vorstellen konnten, wo die Fragen „Gerechtigkeit“, „Friede“, „Bewahrung der Schöpfung“ Thema waren. Die Begleitung durch die Stasi war sehr intensiv. Es gab vor der Ökumenischen Versammlung schon so etwas wie einen kleinen konziliaren Prozeß zur Friedensfrage in der Kirchenprovinz Sachsen, wo auch Gemeinden befragt wurden und die Synode dann versuchte, auf diese Fragen zu antworten. Der Hauptversuch war natürlich die Ökumenische Versammlung. Ich sehe mit ziemlicher Sorge, daß die Distanz zwischen Kirche und Gruppen gegenwärtig wächst. Diese gesellschaftlich engagierten Gruppen erwarten von der Kirche nicht mehr viel. Sie haben erlebt, wie sich die Kirche hat überwältigen lassen von den Strukturen der EKD-Kirchen im Westen, wie sie abhängig ist von Finanzen, Kirchensteuern, Gehältern der Hauptamtlichen, und wie wenig Bewegungsspielraum für unsere Kirchen war, da einen eigenen Weg zu gehen. Ich beobachte eine ganz große Skepsis, die sich bei der letzten Ökumenischen Versammlung in Magdeburg jetzt im Oktober auch geäußert hat. Das macht mir Sorgen. Soviel dazu.
3. Die Frage von Markus Meckel. Ich hatte, als ich davon sprach, daß diese Gruppen von außen auf die Kirche zugekommen sind, eine Parenthese gemacht. Das, was vielgestaltig war an den Gruppen, hatte ja Curt Stauss geschildert. Aber das, was spezifisch war und was die Kirche besonders herausgefordert hat, das war eben diese Zusammensetzung der Gruppen

am sogenannten Rand der Kirche, wo die Grenzen fließend waren. Und manche in der Kirche fühlten sich herausgefordert, nun die traditionellen Identitätskriterien von Kirchlichkeit auf diese Gruppen anzuwenden. Ich habe es noch im Ohr, wie ein Thüringer Oberkirchenrat entsetzt sagt: Aber die wenigsten davon sind ja konfirmiert. Jüngel hatte schon von dem „Vater unser“ gesprochen, das sie nicht einmal kennen. Dazu zitiert Herr Passauer mein Zitat vom Kern und Rand, das habe ich bei „Konkret für den Frieden“ in Schwerin gesagt, bei einer Debatte. Da ging es um den Ort der Gruppen am Rand der Kirche. Und da habe ich gesagt: „Laßt die nur am Rand der Kirche, manchmal ist der Rand der Kirche die Mitte.“ Ich habe mich gegen das traditionelle kirchensoziologische Schema von Kern und Rand gewandt, wo ganz klar ist, Kern der Kirche ist der sonntägliche Gottesdienst, sind die traditionellen Partizipationsformen von Kirche. Diese Identifikationsmuster von Kirchlichkeit in Bewegung zu bringen, aufzulockern, das war die Herausforderung. Sie fragen: Waren die Gruppen Kirche? Das kann man so pauschal nicht sagen. Man müßte sich über die Kennzeichen von Kirche einigen. Aber wenn Walter Schilling hier in der Michaeliskirche bei der Werkstatt eine Andacht oder einen Gottesdienst hielt über die Apathie, war das zentralstes geistliches Geschehen. Es war eine Infragestellung von traditionellen Lebensstilen, aber damit auch eine Infragestellung der Milieuverengtheit unserer Kirchen, eine Infragestellung der kleinbürgerlichen Ordnungskirchlichkeit, die doch dominiert. Dieser Prozeß der Infragestellung schien mir so wichtig, und darum meinte ich, daß man aktuell, punktuell durchaus sagen kann, der Rand sei manchmal das Zentrum, an dem sich Kirche orientieren sollte. Dann hat sich ja auch so etwas entwickelt wie eine Spiritualität der Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung. Was sind da alles für Liturgien entstanden, für neue Lieder geschaffen worden! Es gab so etwas wie eine spirituelle Befruchtung und Erneuerung der Kirche auch von daher. Ich breche hiermit einmal ab. Zu den anderen Fragen ist im wesentlichen schon gesprochen worden.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Pfarrer Hilse.

Pfarrer Werner Hilse: Zu den Gruppen wollte ich noch etwas sagen, und zwar zur Frage, ob die Gruppen die sinnhaften Fragen gestellt haben. Ich persönlich würde das für mich bejahen. Ich bin theologisch nie so stark gefordert worden wie gerade von diesen Gruppen. Im Zusammenhang mit der Frage, wer in der Kirche fragen darf, habe ich auch erlebt, daß sowohl die Gemeinde als auch kirchenleitende Leuten gefragt haben: Sind das denn Christen, die da auftreten? Ich möchte einmal thesenhaft formulieren: Wer den Taufschein hatte, durfte etwas sagen. So habe ich es zu spüren bekommen.

Was die Überwachung durch die Stasi betrifft: Ich kann von der Akteneinsicht der Treptower Gemeinde sagen, was 1988/89 passierte, ist wie ein offenes Buch zu lesen. Sie waren total informiert. Dann ist gefragt worden, ob

sich die Stasi nicht langsam zurückgehalten hat. Ich möchte sagen ja. Am 13. August 1989 rief Fischbeck zum Zusammenschluß der Gruppen zu einem gemeinsamen organisatorischen Handeln auf. Diese Geschichte ist schon nicht mehr ernst genommen worden. Es findet sich darüber fast gar nichts in den Stasi-Akten. Der Druck kam woanders her. Die Sorgen lagen schon woanders. Das wollte ich nur zu der Gruppensache sagen.

Dann: Welche Gruppen haben denn über die Grenze hinweg gewirkt? Ich kann es nur bestätigen: Die sogenannten linken Gruppen oder die Grünen. Mit ihnen ist es uns auch gelungen, aus den Gesprächskontakten herauszukommen und einen ersten gemeinsamen Berliner Umwelttag zu gestalten unter dem Thema „Eine Stadt – eine Umwelt“, mit Ost und West zusammen. Es gab dann eine Gesprächsreihe mit den Botschaften bei uns über Perestroika. Es ist uns gelungen, die amerikanische, die russische, die französische und die ungarische Botschaft zu bekommen, aber die ständige Vertretung hat immer wieder gesagt: Aus Rücksicht auf die Großwetterlage bitte keine Gespräche mit uns. Dies ist nur, was so gruppenübergreifende Dinge betrifft. (Zwischenruf Abg. Koschyk: Wann war das?) 1989.

Was die Frage der Menschenrechtsseminare betrifft, um einmal ganz konkret darauf zu antworten: Ich war 1985 schon da, ich habe auch teilweise die Verhandlungen geführt, und es gab ganz klare Absprachen. Nach diesen Absprachen kam einer aus ihrer Gruppe, vielleicht war es ein Informant, ich weiß es nicht, und sagte, diese Absprachen wären nicht eingehalten, besonders was Presse und Öffentlichkeit betrifft. Daraufhin haben wir einmal Rückfrage bei der Kirchenleitung gehalten, und nachdem die von Öffentlichkeit hörte, das alte leidige Thema, hat sie die Empfehlung ausgesprochen, diese Sache nicht stattfinden zu lassen. Der Gemeindekirchenrat hat auf Empfehlung der Kirchenleitung dann gesagt: Wir sagen es ab. So ist das von uns aus gelaufen an dieser Stelle.

Die Frage der Randposition der Übersiedler in den Gruppen würde ich bestätigen. Es war wirklich das Konfliktfeld. Die Übersiedelten standen unter dem Odium, Verräter zu sein, so wurden sie offiziell auch geführt. Das war ein Makel, und ich habe immer den Eindruck gehabt, daß sich dieser Makel auch im Umgang mit Kirche und normalen Leuten deutlich machte. Wenn man von den Leiden dieser Menschen sprach, dann wurde immer wieder gesagt: Sie sind ja selbst an ihrem Schicksal schuld, wozu müssen sie denn einen Ausreiseantrag stellen, warum müssen sie denn gehen? Die persönliche Not und das Schicksal dieser Menschen hat eigentlich wohl, so sehe ich es, in der Kirche bewirkt, daß sich dieser Menschen angenommen werden sollte, aber möglichst Betreuung im Verborgenen. Soviel dazu.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Reinhard Weißhuhn.

Reinhard Weißhuhn: Martin Gutzeit ist gerade nicht da, dann verschiebe ich das. Michael Passauer, die Frage nach den Anknüpfungspunkten bei

Kirche von unten und solidarischer Kirche: Nun bin ich einer der wenigen hier vorn, der kein Theologe ist, und ich fände es ohnehin besser, das hatte ich auch gesagt, wenn das von diesen Gruppen selbst artikuliert werden könnte und nicht stellvertretend durch mich, der ich nicht für diese Gruppen sprechen kann. Immerhin gibt es sogar hier im Saal Leute, die das tun könnten, Thomas Seidel zum Beispiel für die solidarische Kirche oder Walter Schilling für die Kirche von unten. Aus meiner Sicht, die wirklich ausdrücklich vorbehaltlich der Authentizität der Leute selbst stehen soll, würde ich annehmen, daß es einige gemeinsame Punkte gibt, die für beide Gruppen gelten. Es gibt auch einige, zum Teil sogar erhebliche Unterschiede. Gemeinsam als Widerspruch zur Amtskirche habe ich die Absage an den Kirchenpaternalismus erlebt, der hier schon angesprochen wurde, der auch auf die Gruppen insgesamt manchmal fast lähmend und als Spiegelbild der Autoritätshörigkeit der Kirche gegenüber dem Staat in diesem Fall gewirkt hat. Auf jeden Fall sind diese beiden Punkte ganz wesentlich für die kircheninterne Kritik an der Amtskirche gewesen. Dazu gehört sicher auch so eine theologische Erstarrung, die meines Wissens besonders von der solidarischen Kirche thematisiert worden ist. Das Ergebnis wäre – jetzt positiv formuliert – stärkere Einbindung sozial Benachteiligter, und zwar nicht einfach im Sinne von Wohlfahrt, von paternalistischem Verhältnis dazu, sondern im Sinne von Selbstaktivierung und Unterstützung bei der Selbstaktivierung, also ein emanzipatorischer Ansatz, ein dezidiert emanzipatorischer Ansatz. Das wird besonders deutlich bei der Kirche von unten, glaube ich, aber es wird im Prinzip selbstverständlich auch bei der solidarischen Kirche so gemeint sein. Dort kommt noch ein stärkerer Realitätsbezug, Gesellschaftsbezug der kirchlichen Arbeit hinzu, dazu gehört auch ein entsprechender „Überbau“, also entsprechende theologische Verarbeitung von Realität. Dazu gehört der Anspruch an die Demokratisierung der Kirche, ihre Enthierarchisierung, der Anspruch an Öffentlichkeit, öffentlich von Entscheidungsprozessen zu reden, also zum Beispiel der uns allen gemeinsame Widerstand gegen Geheimdiplomatie im Sinne von meiner Ansicht nach falsch verstandener politischer Übersetzung. Vorhin wurde das sogar ausdrücklich von Bischof Demke in Anspruch genommen, die Entscheidung, wir behandeln alle als individuelle Einzelfälle, nicht als politisches Phänomen. Die solidarische Kirche hat das immer ganz genau umgekehrt gesehen. Ich denke, die Öffnung zu den realen Problemen der Gesellschaft, die Aktivierung, die Formulierung von Problemen statt der verschleiernenden Rede, all das sind Gedanken, die, obwohl ich sie jetzt nur stichwortartig nennen konnte, dabei eine Rolle spielten.

Martin Gutzeit fragte nach dem Selbstverständnis der Gruppen als Opposition: Das ist natürlich eine sehr komplizierte oder auch komplexe Frage. Der Zusammenhang mit dem Verhältnis zur Kirche spielt eine, aber nur eine von

vielen Rollen dabei. Diese Tendenz zur vorsichtigen Formulierung hat sich auch auf die Gruppen selbst ausgewirkt und stammt zum Teil sogar von ihnen. Aber es gibt noch eine Reihe anderer Gründe. Einer davon ist ganz praktisch: Teile, einige dieser Gruppen, zum Beispiel die IFM, haben sich durchaus schon als Opposition verstanden. Nur kann man das nicht sagen, und das muß man auch nicht. Man kann es ohne weiteres umschreiben. Diese Begriffe und das Bekenntnis zu den Begriffen ist sehr spät gekommen, aber es ist noch gekommen. Ich erinnere mich nur, daß ich im Juni 1989 im „Grenzfall“ einen Artikel geschrieben habe, in dem ich ausdrücklich diesen Anspruch an unser Selbstverständnis als Opposition artikuliert habe. Es gibt sicher andere Beispiele. Das ist das, was ich nun zufällig selbst kenne. Da ist es also noch gekommen, und zwar, wenn man so will, trotz dieser Kircheneinlullung.

Es gibt eine Reihe Sachverständigere als uns, die wir sozusagen nur unmittelbar Betroffene waren und entsprechend nur Zugang zu den Akten haben. Die Hypothesen sind zumindest mit Indizien belegt, auch aus unseren eigenen Personenakten. Über die Gruppen selbst hatte die Stasi selbstverständlich Erkenntnisse – Erkenntnisse ist gar kein Ausdruck. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hatte möglicherweise den Rekord aufgestellt. Sie hatte etwa 20 Mitglieder, davon waren eindeutig 10 IM, die Hälfte. Eine andere Frage ist, welchen Einfluß das hatte. Eine wesentlich andere Frage ist das sogar. Es wäre sicher jetzt vermessen, eine abgeschlossene Erklärung dazu abgeben zu wollen. Ich kann nur sagen, daß ich bis jetzt nicht entdeckt habe, daß wirklich wesentliche, trotz dieser relativen Dominanz von IM, Einflüsse existiert hätten, die Entscheidungen oder Abläufe zu unseren Ungunsten bestimmt hätten. Aber unsere eigenen Entscheidungen sind nicht ernsthaft davon betroffen gewesen, in Details vielleicht, aber nicht grundsätzlich. Und das, obwohl in der IFM IM, wie zum Beispiel Ibrahim Böhme waren, also nicht nur irgendwer. Was die Rolle der Amtskirche oder der Kirchenleitungen gegenüber den Gruppen und deren Zusammenhang mit Stasieinfluß betrifft, kann ich nur spekulieren. Ich denke nur, es wäre eine Sackgasse zu glauben, nur in diesem Zusammenhang wäre das zu erklären. Natürlich hat jemand wie Günther Krusche zum Beispiel ganz offensichtlich zur Spaltung sowohl der Gruppen als auch zwischen Kirchenleitung und Gruppen aktiv beigetragen. Andererseits hatte die Amtskirche durchaus auch eigene Schwierigkeiten mit den Gruppen, für die sie gar nicht des Einflusses der Stasi bedurfte, die ganz andere Quellen hatten. Das spielte natürlich zusammen, und die Stasi wußte das auch und hat das verstärkt und ausgenutzt. Nur ist das dann keine bewußte Entscheidung der Kirche, die auf die Stasi zurückzuführen wäre, sondern das ist eben einfach nur die Addition von verschiedenen Ursachen. 1989 spielt all das eine Rolle, aber es spielt auch eine Rolle, daß die Stasi der Entwicklung nicht mehr Herr werden konnte, das glaube ich jedenfalls. Sie hat sowieso immer alles gewußt, aber nichts verstanden. Und weil sie nichts verstanden

hat, konnte sie es auch nicht wirklich beeinflussen, schon gar nicht, als es dann diese Dynamik annahm, die 1989 einsetzte. Aus der Aktenlage läßt sich das zwar auch ableiten, aber man muß da vorsichtig sein. Was Pfarrer Hilse zum Beispiel vorhin nannte, ich würde seinen Eindruck aus den Akten nicht überbewerten wollen, solche Eindrücke haben wir alle gehabt. Das liegt aber zunächst einmal daran, daß wir nur Akten aus den Archiven bekommen. Was nicht archiviert, also noch wichtig war, und das war natürlich 1989, das haben wir gar nicht gesehen. Es ist vermutlich zum größten Teil vernichtet und deshalb ist ohnehin nicht nachvollziehbar, wie weit dokumentiert und beobachtet wurde. Ich bin überzeugt davon, daß sie auch da alles gewußt und sogar aufgeschrieben haben, jedenfalls den größten Teil davon, auch wenn wir das jetzt nicht mehr finden können. Ich denke, das war eine Quasilähmung der Stasi, die hinzukam zu dem bis dahin erfolgreich moderierenden, wie man jetzt so schön sagt, Einfluß der Kirchenleitung auf die Gruppen.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Martin Böttger.

Dr. Martin Böttger, MdL: Gert Weisskirchen fragt: Was wäre, wenn die Kirchen das Anliegen der Gruppen nicht so in Watte gepackt hätten, sondern es so transportiert hätten, wie es die Gruppen wollten? Sie ist sehr hypothetisch, die Frage, aber interessant. Ich denke, es hätte mehr der Kirche als den Gruppen genutzt. Die Gruppen waren gezwungen, selbst Phantasie und Kraft zu entwickeln, um ihre Anliegen unverpackt zu transportieren. Zum Beispiel die Gruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“: Sie hat einen Antrag an die Berlin-Brandenburgische Synode gestellt, diese Absage auszusprechen. Absage an Abgrenzung – es wurde aber doch so verstanden, daß auch eine Absage an die Mauer, eine Absage an Arrest im Land ausgesprochen werden sollte. Diese Aussprache hat die Kirche leider nicht geschafft. Danach sind dieselben Leute 1987 nach Görlitz zur Bundessynode gegangen, und auch da kam es nicht zu der Absage, und sie durften nicht einmal ihre Papiere verteilen. Wir haben dort mit einem Bein auf dem Kirchengelände, mit dem anderen auf staatlichem Gelände gestanden, also oft in einer Grätsche, das waren Stefan Wickert, Ludwig Mehlhorn, Reinhard Lampe, und haben dann Flugblätter und Schriften verteilt, und sie mußten auch alle möglichen Formen selbst entwickeln. Sie haben ein Buch geschrieben: Zusammenstellung von Aufsätzen, Aufrisse 1 und 2 mit Grafiken zum Thema, aber sehr breit, nicht nur zur Abgrenzung. Dann, etwas enger thematisiert, so eine Schrift dünner in einer größeren Auflage. Dort wurde die Geschichte dieses Antrags dokumentiert. Die Synode hat bekennd die Friedensfrage zum Thema gemacht und hat darin auch einige vorsichtige Gedanken aufgenommen: Weil nämlich alle Abgrenzung von Übel ist, müssen wir zum Frieden beitragen. Ein kleines Blatt, sehr handlich in einer noch größeren Auflage, war ein Brief an die Gemeinde: „Neues Handeln“. Das haben sich die Leute alle ausgedacht, weil die Kirche selbst in ihrer Struktur

überfordert war. Das war eine der wenigen Gruppen, in der überhaupt kein IM war, die hat sich dann sozusagen um Demokratie Jetzt formiert. Die Gründungsmitglieder der Demokratie Jetzt sind im wesentlichen dieselben Leute.

Da komme ich jetzt gleich zur ersten Frage von Karl Wilhelm Fricke: Wie war das MfS darüber informiert? Über die Gruppe – zum Beispiel – sehr gut aufgrund ihrer öffentlichen Arbeit, in dem Fall aber nicht über IM, wahrscheinlich nicht einmal über Wanzen. Es war eine Gruppe mit einem klar umrissenen Auftrag, und jeder, der in die Gruppe wollte, mußte erst einmal den Auftrag auch für sich selbst annehmen. Vielleicht liegt es daran, daß da einmal kein IM drin war. Zu einer anderen Gruppe, wo höchstwahrscheinlich auch kein IM drin war: Die konspirative Gruppe, von der ich erzählt hatte, hatte sich 1981 nach dem Kriegsrecht in Polen gegründet, weil sie befürchtete, daß die DDR sich in Polen engagiert, und wollte eine Widerstandsgruppe aufbauen. Bis etwa 1985 hat sie bestanden. Sie hat sich so getroffen, daß niemand anders davon wußte, nur die Gruppenmitglieder selber wußten, daß es die Gruppe gab. Alle Mitglieder waren in anderen Gruppen engagiert, haben sich beraten, was man denn in anderen Gruppen machen kann, und haben versucht, ob man sie koordinieren kann. Wir haben das später gemerkt, man kann eine Gruppenarbeit, ein Netzwerk nicht konspirativ koordinieren, das geht nicht. Wir haben am Anfang geglaubt, daß man das vielleicht könnte. Wir haben auch ganz wenige Aktionen gemacht. Eine wichtige Aktion: Wir haben einmal ein längeres Papier, so über 30 Seiten, „Situationsanalyse der DDR“, vervielfältigt. Das stammte zum größten Teil gar nicht von uns, wir haben es aus Österreich von ausgereisten DDR-Leuten bezogen und es überall in die Briefkästen gestopft bei Freunden und Bekannten und sind ausgeschwärmt, um zu sehen, was das für eine Reaktion hat. Daran haben wir gemerkt, daß wir von der Stasi verschont wurden. Jedenfalls hat die Stasi, soweit wir die Akten bis jetzt gesehen haben, wirklich von der Existenz dieser Gruppe nichts gewußt. Das war aber eine Ausnahme. Im allgemeinen waren die Gruppen sehr stark durchsetzt. Reinhard Weißhuhn sagte bereits, beim IFM vielleicht zu 50 Prozent. Typisch ist auch, daß auch die Kirchenleitung mit denen verhandeln mußte. Ich erinnere mich an das erste Gespräch mit der Kirchenleitung in Berlin, da waren zehn Mitglieder von uns dabei, und davon waren vier IM. Die haben auch alle Berichte geschrieben. Auf unserer Seite waren vier IM, vier von zehn, also 40 Prozent. Wie es auf der Kirchenseite war, das weiß ich jetzt nicht. Aber wenn es da zu Abstimmungen gekommen wäre, hätten wir Schwierigkeiten gehabt, die Mehrheit zu bekommen, aber es kam nicht dazu, denn die wichtigsten Leute waren Gerd Poppe und Reinhard Weißhuhn. Gerade die IM haben versucht, die Stellung dieser Leute etwas zu beeinträchtigen, haben es aber nicht geschafft. Nun trat das MfS im Februar 1988 mit Zumutungen an die Kirchenleitung heran, auch noch einmal ein

Beispiel: Als die Bürgerrechtler nach der Luxemburg-Demonstration verhaftet wurden, gab es eine Aktion, sie in den Westen zu bugsieren. Diese Aktion lief auf Umwegen. So wie auch zum Beispiel Wolfgang Wolf an Krusche herangetreten ist und ihn beraten hat, wo keiner von dem anderen wußte, daß er IM war, so war das auch sehr auf Umwegen, obwohl die Zeit drängte. Damals wurde de Maizière als Rechtsanwalt der Familie Templin zum Staatsanwalt bestellt. Er sollte dann zur Kirchenleitung gehen und eruieren, ob denn auch für die anderen Bürgerrechtler diese Künstlerlösung in Frage käme. Darauf hat die Kirchenleitung gesagt: Das wäre schon etwas, da müssen wir zu den Gefangenen gehen. Dann hat sie Wolfgang Schnur zu den Gefangenen geschickt und das unterbreiten lassen. Auf diesem Umweg de Maizière-Kirchenleitung-Schnur ist der Druck auf die Gefangenen ausgeübt worden, also nicht direkt, weil man ganz genau wußte, daß die Gefangenen eigentlich ziemlich hart sind und hierbleiben wollen. Dazu hat man die Kirche auch ein bißchen ohne ihr Wissen benutzt, über zwei IM Anliegen des Staates an Gruppen heranzutragen, um Gruppen zu spalten und zu zersetzen. Das ist ihr auch gelungen, denn wir hatten nachher – ein halbes Jahr zumindest – eine sehr depressive Phase, und es hat sehr erbitterte Diskussionen gegeben. Reinhard Schult hat einen bösen Brief geschrieben und den Ausgereisten schlimme Vorwürfe gemacht, daß sie nicht widerstanden hätten. Es hat auch gegenteilige Diskussionen gegeben, daß man sagte: Nein, die Verlierer sind auf einer anderen Seite, und wer ist eigentlich Gewinner und Verlierer? Durch diese Umwege ist es ganz indirekt gelungen, Gruppen zu spalten, und das ist eigentlich erst beendet worden, als Bärbel Bohley und Werner Fischer zurückgekommen sind. Dann haben wir uns, glaube ich, auch wieder getraut, uns auf unsere eigene Kraft zu verlassen.

Zu 1989: Das würde ich auch so sehen wie Reinhard Weißhuhn. Die Schwäche des Staates war, daß er nicht mehr den gesamten Überblick hatte. Es war bereits im Frühjahr 1989 erkennbar, daß es DDR-weit zu Zusammenschlüssen kommen mußte. Es hat im März 1989, also vor Ostern, ein Treffen in der Golgatha-Gemeinde gegeben von allen möglichen Friedenskreisen der DDR. Da war eigentlich schon in den Referaten der Ausblick gegeben, daß diese Vernetzung, diese verschiedenen Sozialisationsstufen, in denen die Gruppen standen, sich weiterentwickeln müssen, daß die Gruppen sich zusammenschließen, sich offiziell anmelden müssen laut Vereinsgesetz der DDR. Es gab auch schon Vorschläge, wie man herauskommen muß und auch politisch aktiv werden muß, völlig unabhängig von der Kirche. Das war damals schon im März für den Herbst geplant. Für September 1989 stand im Frühjahr schon fest, zumindestens im Juni, daß es ein Treffen geben muß, wie man sich neu formieren muß. Das hat natürlich auch die Stasi mitbekommen. Sie hätten das irgendwie verhindern können und hätten wirklich eine Strategie entwickeln müssen. Das haben sie aber nicht gemacht, denn es stand eine Organisation

bevor, wie Vereine oder gar Parteien anzusiedeln waren, und im August haben Leute eine Sozialdemokratische Partei gegründet. Sie haben die Absicht erklärt, und es hat schon keine Gegenstrategie mehr gegeben. Das hatte auch nichts mit dem moderierenden Einfluß der Kirche zu tun, sondern damit, daß nur noch die übelste Schadensbegrenzung geleistet wurde und daß eine Gegenstrategie der Staatssicherheit nicht mehr sichtbar wurde, wahrscheinlich auch aus einer Blindheit heraus. Man mußte einmal die Protokolle vom September 1989 lesen, Mielke mit den Chefs der Bezirksverwaltungen. Da wurde die Frage gestellt: Wird denn der 17. Juni wiederkommen? – Nein, der wird nicht wiederkommen, also überhaupt kein Verständnis für die Situation.

Pfarrer Werner Hilse: Wir haben nach der Wende eine Gesprächsrunde gehabt mit Stasioffizieren und dem Bezirksbürgermeister und haben ihn auch konkret auf diese Situation angesprochen. Von diesen Stasioffizieren ist uns gesagt worden: Wir wußten nicht mehr, was wir tun sollten. Was wir taten, war im Grunde genommen umsonst. Es ging immer wieder weiter.

Angelika Schön: „Zur vorbeugenden Verhinderung gefährlicher Formen der Feindtätigkeit gegen die DDR wird vorgeschlagen, den Otto mit Sonderauflassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu entlassen und nach Westberlin überzusiedeln.“ Ich habe vorhin damit angefangen, das war 1983, und es sind Hunderte von Freunden von uns so in den Westen „gegangen worden“. Es war nicht nur unser Sprachgebrauch, den wir die Jahre gehabt haben, sondern inzwischen steht es auch schwarz auf weiß in Stasiakten. Daran möchte ich nur noch einmal erinnern. Wenn es jetzt hier in den letzten Beiträgen oft um die Zeit Ende der achtziger Jahre ging, dann denke ich mir: Daß es erst so spät dann dazu kam, daß wirklich Gruppen auch Oppositionen werden wollten, hängt damit zusammen, daß eben über die ganzen Jahre unsere Freunde immer wieder „gegangen worden“ sind. Das begann eigentlich Mitte der siebziger Jahre. Diese Freunde sind inzwischen teilweise wieder in Freundeskreisen zusammen, sehen manche Sachen anders und sehen auch, wie sehr wir uns teilweise auseinanderentwickelt haben. Trotzdem sind die Freundschaften nach wie vor da. Ich kenne die Anfänge dieser Zeit selber nicht, weil ich dazu zu jung bin, aber ich merke einfach, daß wir über viele Jahre ein Lebensgefühl und eine Art von Lebenszusammenhang miteinander praktiziert haben, der sich, trotzdem so viele Leute gegangen sind und „gegangen worden“ sind, immer wieder weitergegeben hat, der vielleicht wirklich ein Ansatz für eine neue Gesellschaft werden kann, jetzt auch wieder. Die Reibung an der Kirche war für uns lehrreich, denke ich. Wir haben dabei eine ganze Menge eingeübt von dem, was in anderen gesellschaftlichen Bereichen nötig ist zu können, aber die meisten Pfarrer, die wir dabei erlebt haben, haben ihre eigenen Schutzräume überhaupt nicht ausgereizt. Hier in dem Raum sitzen eine Menge von denen, die sie versucht haben auszureizen, Heino Falcke und Rainer Eppelmann teilweise, es gibt noch ganz viele andere, die auch hier sind.

Es würde eine lange Liste geben, trotzdem sind es die wenigsten, das ist die außerordentliche Minderheit in dieser Kirche gewesen. Das waren die Verbündeten der Gruppen, die uns geholfen haben, die uns nicht gleich mit Argwohn betrachtet haben und eine grundsätzliche Kritik an Kirche nicht gleich als Grundsatzkritik gegenüber der Kirche verstanden haben, sondern als weiterhelfende Kritik. Die haben uns nicht als Angriff verstanden, sondern als Kritisierende, die weiter wollen, die einen Weg miteinander gehen wollen. Falls die Kirche sich mit den Gruppen gemeinsam verändert hätte, dann hätten wir heute nicht bloß keine DDR mehr, sondern wir hätten vielleicht eine andere Kirche und vielleicht noch etwas ganz anderes. Das führt mich hin zur Ökumenischen Versammlung. Ich war jetzt bei der Konsultation im Oktober in Magdeburg. Viele alte Leute waren wieder da, aber viel weniger, als wir einmal waren. Wenn diese Ökumenische Versammlung sich wieder auf den Weg macht, auch die Probleme von unten her zu benennen, dann sind es dieses Mal die dieser Gesellschaft, also Bodenrecht, Wirtschaftssystem, all die wirklich brandheißen Probleme, die sich dann schon wieder in den Gruppen äußern, die es hier auch gibt. Ich weiß nicht, ob das hier jemand im Blick hat. Aber wenn Häuser besetzt werden, dann ist das ein Ausdruck für heutige gesellschaftliche Probleme, und dort ist ein neues Wahrnehmungsfeld für Kirche, aber eben ohne die Gruppen zu vereinnahmen.

Es ist von Martin Gutzeit gefragt worden: Warum dauerte es so lange, bis Gruppen Oppositionen wurden und werden wollten? Das habe ich versucht damit zu beschreiben, daß so viele Leute „weggegangen worden“ sind. Ende der siebziger Jahre gab es schon einmal sehr große Veranstaltungen, an denen sich Hunderte, manchmal Tausende von Leuten getroffen haben. Das ging dann ein bißchen von Thüringen nach Berlin, in den Blues-Messen wurde es dann weitergeführt. Eigentlich schon zu dem Zeitpunkt war die erste Möglichkeit für Kirche verpaßt worden, sich dieser Gesellschaftskritik zu stellen und tatsächlich politisch sich zu formulieren. Vorhin hat Herr Demke gesagt, daß das nicht passiert ist. Richard Schröder hat das einmal herausgearbeitet, daß schon in der Langformel von „Kirche im Sozialismus“ diese Verschwommenheit Staat – Gesellschaft drin steckt. Es ist nicht zwischen Staat und Gesellschaft differenziert worden, und das ist auch heute wieder ein Thema oder eine Sache von denen, auf die man aufpassen soll.

Noch zwei Sachen, die mir anders herum wichtiger sind: Um Gruppenanschlüsse in Gemeinden zu vermitteln, brauchten wir keine Kirchenleitung. Das wollten und konnten wir auch selber. Das Problem war nur, daß die Kirchenleitungen, besonders die regionalen, gar nicht einmal so sehr die oben, zum Beispiel Superintendenten, nicht damit zurechtkommen konnten, daß es da plötzlich Formen von Gemeinden gab, die in dieser so verfaßten Kirche eben einfach nicht vorkamen. Dann wurde eben mit Angst und Beharrung auf Strukturen reagiert und eben leider nicht mit dem, was sowieso eigentlich

schon passierte, nämlich Übergänge in normale Gemeinden. Dieses Problem ist als Problem der Anbindung von Gruppen an irgendwelche Kirchenstrukturen immer wieder hervorgetreten, die offene Arbeit hat mehrfach versucht, an verschiedene Ebenen anzubinden, regional, überregional oder insgesamt. Das war auch für die Gruppen und für „Frieden konkret“ ein Problem gewesen. Das ist eigentlich bis heute nie gelöst worden. Die politischen Verschiedenheiten in den Meinungen sind viel zu oft in Form von theologischen Verbrämungen geäußert worden. So richtig aufgefallen ist mir das erst, als diese Ad-hoc-Gruppe zur Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen Kirchenleitung und Basisgruppen zusammenkam. Das war Anfang 1989, und ich war da durch Zufall hineingeraten, da war der Curt dabei und der Rudi und du, jedenfalls wurden politische Meinungen geäußert, denn die waren ja dran. Aber sie wurden viel zu sehr theologisch verbrämt. Martin König hat das dann irgendwann einmal ziemlich deutlich auf den Punkt gebracht. Ich habe in den Akten inzwischen die ganzen Protokolle davon gefunden, die die Stasi freundlicherweise in meine Akte geschubst hat, deswegen habe ich mich jetzt daran erinnert.

Staatssicherheit: Es gibt eine kirchenstrukturelle Begünstigung für die Geheimdiplomatie. Die ist nicht weg, weil die Kirchenstrukturen noch nicht anders geworden sind. Das Einfallstor „Ordnungsdenken“, das dazu geführt hat, so viele kirchliche Mitarbeiter, ob sie nun IM waren oder nicht, eben Leute, die da nicht hineinpaßten, auszugrenzen. Das Einfallstor „Verantwortungssyndrom“ ist das nächste, was einen Einstieg für die Stasi bot. Wenn ein kirchlicher Mitarbeiter ein Verantwortungssyndrom hat, also nicht damit umgehen kann, daß auch Leute ihre eigenen Gedanken entwickeln wollen und daß es kein Widerspruch zur Kirche ist, dann sind sie damit handhabbar für einen Geheimdienst, der das dann eigentlich nur verstärken muß. Das ist ganz oft passiert. Als völlig unzureichendes Schlußwort oder wie auch immer: Vorschußvertrauen: sich selbst vertreten wollen, den Menschen zu vertrauen, die sagen: Ich bin auch Kirche, bringt meistens mehr Verantwortung zum Vorschein, als man vorher glaubt. In diesem Sinne sind wir weiterhin das Salz der Erde und das Licht der Welt und „Fürchtet Euch nicht“.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir haben jetzt sehr lange gesprochen über das Verhältnis der Gruppen und der Kirche in der DDR. Die DDR gibt es nicht mehr, und das Verhältnis hat sich extrem geändert. Aber mir scheint, daß die Herausforderung geblieben ist. Ich möchte in dem Zusammenhang an das gute Wort von Ehrhart Neubert erinnern: Vergangenheitsaufarbeitung ist Zukunftsgestaltung. Jetzt übergebe ich das Wort an Rainer Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kirche legt von ihrem Urverständnis her Wert darauf, unterwegs zu sein. Ich bin froh darüber, daß bisher nur zwei Tage thematischer Arbeit mit den Kirchen in der DDR zu Ende sind und wir dies

fortsetzen werden, und zwar allerspätestens am 8. und 9. Februar, wenn ich mich jetzt nicht täusche, in Dresden. Ich bin deswegen froh darüber, weil für meinen Eindruck auch eine ganze Reihe von Fragen selbstverständlich noch offengeblieben ist, offenbleiben mußte. Ich frage mich zum Beispiel immer wieder und immer noch, gerade auch beim Handeln von kirchenleitenden Persönlichkeiten: Wie sind eigentlich bei uns Menschen in leitende Funktionen gekommen? Wer hat unter welchen Prämissen ausgesucht, wer auf der Verwaltungsebene in der Auguststraße oder in den Konsistorien gesessen hat? War das ein Zufall, oder woran lag das, daß gerade da so viele drin waren, von denen man heute den Eindruck hat, daß sie mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben? Ich erinnere mich auch an die Traurigkeit, die ich empfand, als ich den Eindruck hatte, daß Leute wie wir, die wir auch DDR-kritische Äußerungen in der DDR taten, offensichtlich, und ich sage das ganz traurig, von denen, die unsere Kirche repräsentiert hatten, weniger gern gehabt und gesehen worden sind als die, die gesellschaftliche Vorzüge in der DDR lobten. Ich kann mich an so manchen erinnern, der mit der größten Selbstverständlichkeit offensichtlich für evangelische Kirche in der Ökumene im Westen reden durfte. Wir wurden da nicht hingeschickt. Das hat traurig gemacht. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen. Mich hat auch traurig gemacht, wenn ich dann immer wieder einmal selber hörte, und ich habe mir ähnliche Erfahrungen auch von anderen berichten lassen, daß dann Menschen, die reisen konnten, uns unser Begrenztsein, unseren begrenzten Horizont vorwarfen und sagten: „Wenn ihr wüßtet, was wir alles wissen“, aber nicht dafür Sorge getragen worden ist, daß Horizonte sich an dieser Stelle erweitern konnten. Ich bin ungeheuer froh darüber, für unsere Kirche froh darüber, daß es auch heute noch Gruppen und Menschen gibt, die Kirche für etwas Lebendiges halten, mit ihr und in ihr arbeiten wollen, und ich hoffe, daß der Kirche das erhalten bleibt. Ich möchte all denen danken, die mitgemacht haben. Ich kann mir vorstellen, daß die Empfindungen, mit denen die einzelnen hierhergekommen sind, sehr unterschiedlich gewesen sind. Ich möchte all denen danken, die hier geredet haben, dazu beigetragen haben, daß unser Bild von Kirche, so hoffe ich zumindest, in der DDR ein differenziertes geworden ist, die mit dazu beigetragen haben, daß eben zwei falsche Bilder ausgeräumt werden können, einmal das, das Kirche unmittelbar nach der friedlichen Revolution als die Gemeinschaft von Helden, Übermensch und Superrevolutionären dargestellt hat, aber auch das andere, das andere Bild muß ebenso weg, das Kirche als eine Gemeinschaft von Angepaßten, Verrätern und Opportunisten dargestellt hat. Die Wahrheit wird auch bei den Kirchen irgendwo in der Mitte liegen, denn – und das sage ich all denen unter Ihnen, die selbst Christen sind, sich so verstehen oder sein wollen – für die Kirchen gilt dasselbe wie für alle anderen menschlichen Gemeinschaften: Sie können nur so gut sein wie die einzelnen, die sich in ihr engagieren und in ihr zu Hause fühlen. Darum ist es immer, glaube ich,

nicht nur eine Frage von Bischöfen, sondern von jedem einzelnen unter uns. Wem das etwas bedeutet, dem wünsche ich eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und den anderen fröhliche Feiertage, erholen Sie sich gut, kommen Sie gut nach Hause. Machen Sie es gut.

(Beifall)